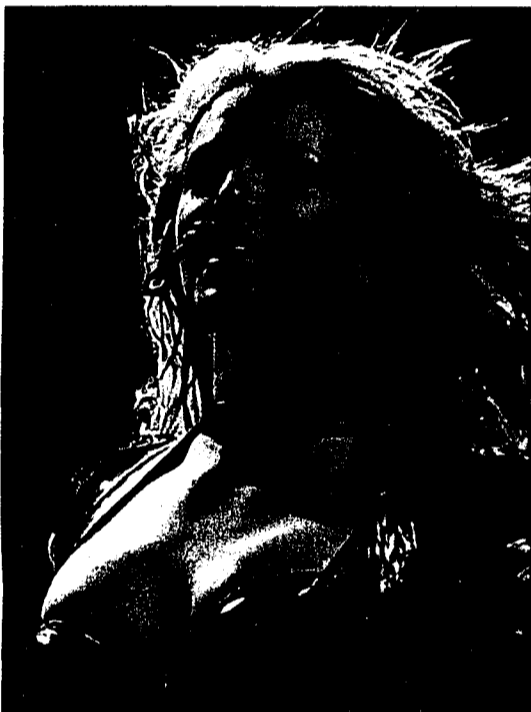


VOLKS BLATT | SPLITTER

200 000 Euro verloren – Finder gab Tasche zurück

ISTANBUL – Vorweihnachtliche Bescherung: Ein in der türkischen Stadt Alanya lebender Deutscher hat eine Tasche mit 200 000 Euro (ca. 300 000 Franken) verloren – und dank eines ehrlichen Finders zurückerhalten. Das Geld habe er von der Bank abgehoben, um für seinen Sohn ein Haus zu kaufen, sagte der Deutsche, als er die Tasche nach dem Schock des Verlustes wieder in Händen hielt.

Ein Türke, der mit Frau und zwei Kindern einen Imbiss am Strassenrand betreibt, hatte die an einer Stuhllehne aufgehängte Tasche gefunden und den Eigentümer mit Hilfe der Polizei ausfindig gemacht, wie die türkische Nachrichtenagentur Anadolu gestern Dienstag berichtete. Den angebotenen Finderlohn habe der Mann trotz seines mageren Einkommens dankend, aber entschieden abgelehnt. «Wenn es mir um Geld gegangen wäre, hätte ich die Tasche behalten», sagte der ehrliche Finder. (sda)



Britney fordert Schadenersatz

LOS ANGELES – Popstar Britney Spears verlangt von einem US-Magazin Schadenersatz in Millionenhöhe. Die Sängerin verklagte das Promi-Magazin «US Weekly» auf 20 Mio. Dollar, wie ihr Anwalt am Montag mitteilte. Mit der Klage geht Spears gegen einen Bericht des Blattes vor, in dem behauptet wird, sie versuche die Veröffentlichung eines Videos mit Aufnahmen von Sexspielchen mit ihrem Mann Kevin Federline zu verhindern. Laut Klagetext gibt es eine solche Kassette gar nicht. «Dieser Artikel ist ein Werk der Fiktion, voller Lügen vom Anfang bis zum Ende», heisst es darin. Spears habe zuvor von dem Magazin unter anderem eine Richtigstellung verlangt. «US Weekly» beharre jedoch auf den Angaben. (AP)

ANZEIGE

Weitere Infos
www.volkswagen.ch

Profitieren Sie als
-Abonnent
von Vorzugspreisen

Streik in New York

Erster Nahverkehrsstreik in der US-Metropole seit 25 Jahren

NEW YORK – Der erste Streik bei Bussen und U-Bahnen seit 25 Jahren hat gestern Dienstag den öffentlichen Nahverkehr in New York stillgelegt. Bei klirrender Kälte legten Millionen von New Yorkern lange Fussmärsche zurück oder kämpften um ein Taxi.

«Man sollte sie alle ins Gefängnis stecken», sagte ein 53-jähriger Mann voller Wut mit Blick auf die Streikenden. Er stand vor der Station Times Square, die mit rotem Klebeband abgeriegelt war. «Sie hätten einfach ihre Arbeit machen sollen. Das hier macht nur alle Leute unglücklich.»

Nach der Stilllegung des Bus- und U-Bahnsystems richtete die Polizei Kontrollpunkte ein, um Fahrzeuge mit weniger als vier Insassen gar nicht erst ins Zentrum vorzulassen. Das erwartete Verkehrschaos in der Innenstadt blieb daher weitgehend aus.

Taxis und Autos mussten indes bis zu 40 Minuten warten, um an den Kontrollpunkten vorbei in die Strassen Manhattans zu kommen. Viele Pendlerbusse, Vorstadtzüge und Fähren fuhren noch. Einige grosse Unternehmen hatten individuellen Pendelverkehr eingerichtet und holten ihre Arbeitnehmer von zentralen Stellen in der Stadt ab.

Bürgermeister Michael Bloomberg verurteilte den Streik aufs



Statt mit der U-Bahn oder mit dem Bus gingen gestern Millionen von New Yorkern zu Fuss zur Arbeit.

Schärfste. Den streikenden Fahrern von Bussen und U-Bahnen könnten nun Bussgelder drohen, da ihnen als Angestellten im öffentlichen Dienst die Arbeitsniederlegung nicht erlaubt ist.

Hoher Kostenpunkt

Es wird befürchtet, dass die Protestaktion die Stadt pro Tag bis zu

400 Millionen Dollar (rund 516 Mio. Franken) kostet. Täglich nutzen rund sieben Millionen Fahrgäste die U-Bahnen und Busse in New York.

Grund für den Streik war das Scheitern von Tarifverhandlungen zwischen der staatlichen Transportbehörde MTA und der zuständigen Gewerkschaft TWU. Bloomberg

und Gewerkschaftschef Roger Toussaint beschuldigten sich gegenseitig, den Streik verschuldet zu haben.

Der Bürgermeister sprach von einem «feigen Versuch, die Stadt in die Knie zu zwingen». Toussaint rief: «New Yorker – dies ist ein Kampf für Würde und Respekt!» (sda)

Netanjahu neuer Likud-Vorsitzender

Nachfolger von Sharon bestimmt – Nach Schlaganfall aus Spital entlassen

JERUSALEM/TEL AVIV – In Israel hat die Likud-Partei Benjamin Netanjahu einen Monat nach dem Austritt von Regierungschef Ariel Sharon zum neuen Vorsitzenden gewählt. Eine Mehrheit der Parteimitglieder stimmte für den ehemaligen Ministerpräsidenten.

Bei der Parlamentswahl Ende März wird er damit als Spitzenkandidat seiner Partei antreten. Umfragen zufolge liegt der Likud, bis vor kurzem noch stärkste Fraktion im Parlament, hinter der neugegründeten Partei Kadima von Premier Sharon, der zwei Tage nach seinem leichten Schlaganfall das Spital verlassen konnte. In der Likud-Parteizentrale in Tel Aviv trat der



Benjamin Netanjahu liess sich nach seiner Wahl zum Vorsitzenden der Likud-Partei ausgiebig feiern.

frisch gekürte Vorsitzende Netanjahu flankiert von Ministern und Abgeordneten vor die Parteimitglieder: «Ich bin gekommen, um Ihnen zu sagen, dass der Likud heute Nacht seinen Weg zurück an die Macht im Land beginnt. Wir haben drei Monate Zeit.»

Schalom ohne Chance

Nach Auszählung von 98 Prozent der Stimmen wählten 44 Prozent der Parteimitglieder Netanjahu zum neuen Vorsitzenden. 33 Prozent votierten für Aussenminister Silvan Schalom, den einzigen ernsthaften Rivalen. Der gemässigtere Schalom räumte seine Niederlage ein und bot Netanjahu die Zusammenarbeit an. (sda)

Sunniten zweifeln

Wahlergebnisse in Zweifel gezogen

BAGDAD – Die sunnitischen Parteien im Irak wollen die von der Wahlkommission verkündeten vorläufigen Ergebnisse der Parlamentswahl nicht akzeptieren. Sowohl das Wahlbündnis von Saleh el Mutlak als auch die irakische Konsensfront sprachen gestern Dienstag von «Wahlbetrug».

Dennoch belegte die sunnitische Konsensfront in vier Provinzen den ersten Platz, wie die Wahlkommission nach vorläufigen Ergebnissen aus den Provinzen bekanntgab. In sieben südlichen Provinzen errang hingegen die religiöse Schiiten-Allianz jeweils eine Zwei-Drittel-Mehrheit. Das Bündnis der zwei grossen Kurden-Parteien erzielte in

den drei Nordprovinzen ein Ergebnis von jeweils mehr als 80 Prozent.

Schiiten regieren Bagdad

In der Hauptstadt aber erhielt die Schiiten-Allianz die absolute Mehrheit. Der Vorsitzende der Wahlkommission, Adel el Lami, sagte in Bagdad, die Vereinigte Irakische Allianz der religiösen Schiiten-Parteien habe nach Auszählung von rund 90 Prozent der Stimmen mit gut 58 Prozent die absolute Mehrheit erhalten.

Das zweifelten die Sunniten-Parteien an. Die Irakische Konsensfront unter Adnan el Dulaimi forderte eine Wiederholung der Wahl in der Hauptstadt. (sda)

++++ Zu guter Letzt... +++++

Gutscheine für Waffen

LOS ANGELES – Mit einer ungewöhnlichen Massnahme in der Vorweihnachtszeit will die Polizei von Compton im US-Bundesstaat Kalifornien die Kriminalität eindämmen. Einwohner, die freiwillig ihre Schusswaffe abgeben, werden mit einem Warengutschein belohnt.

Ein Polizeisprecher sagte am Montag, die Kampagne «Waffen gegen Geschenke» laufe in der Kriminalitätshochburg seit dem 10. Dezember und noch bis Heiligabend. Bislang seien bereits mehr als 220 Schusswaffen eingesammelt worden.

Die ganze Aktion sei mit anfangs zwölf abgegebenen Waffen etwas schleppend angelaufen, aber bereits in der zweiten Woche wurden demnach 212 Revolver und andere Schusswaffen ausgehändigt. Allerdings sei auch der Wert der Warengutscheine von 50 auf 100 Dollar heraufgesetzt worden, sagte der Polizist weiter.

In der rund 93 000 Einwohner zählenden Stadt im Bundesstaat Kalifornien wurden seit Jahresbeginn 68 Morde begangen. Damit liegt die Mordrate um das Zehnfache über dem nationalen Durchschnitt. Die meisten der Taten wurden von bewaffneten Banden begangen. (sda)